

Brandenburg

MOZ Sonnabend/Sonntag, 16./17. Februar 2008

Landtag will Bodenreform-Affäre aufklären / Anwalt erneuert Kritik an Regierung



Bauer auf der Scholle: In Brandenburg soll ein Untersuchungsausschuss klären, wie das Land zu den umstrittenen Bodenreformflächen kam.

Foto: ddp

# Gerichte sollen für Ordnung sorgen

Anwalt spricht Finanzministerium Kompetenz und Integrität ab

VON SABINE RAKITIN

**Potsdam/Berlin (MOZ) Mehr als zwei Monate nach dem Urteil des Bundesgerichtshofes zur rechts- und sittenwidrigen Enteignung von Bodenreformland-Erben haben die beiden Brüder, die das Urteil erstritten, ihr Eigentum noch immer nicht wieder.**

„Seitens des Landes wurde bisher nichts, aber auch gar nichts in Ordnung gebracht“, sagt Ulrich Mohr, der Rechtsanwalt der Brüder N. Im Grundbuch von Genschmar stehe für die Fläche der N.'s noch immer das Land Brandenburg als Eigentümer. „Ich kenne das eigentlich so, dass man die Fehler, die man gemacht hat, auch selbst korrigiert. Doch beim Finanzministerium scheint das nicht so zu sein“, schlussfolgert der Anwalt aus Berlin-Wilhelmsruh.

In einem Brief an Finanz-

minister Rainer Speer (SPD) wirft er dessen Ministerium vor, auf tausenden Grundstücken zu sitzen, die ihm nicht gehören. Statt sogleich für eine Korrektur dieser Ungeheuerlichkeit zu sorgen, versuche Speer, „weiterhin eine Kompetenz über diese Grundstücke zu behalten“, indem sich sein Ministerium zum „Treuhand über dieses treulos erlangte Gut“ aufspiele.

Und dann bekommt Speer eine kostenlose Rechtsberatung von Anwalt Mohr: „Sie haben mit diesem fremden, widerrechtlich erlangten Gut nichts anderes mehr zu tun, als die Listen der betreffenden Grundbuchblätter unverzüglich an die entsprechenden Grundbuchämter zu leiten.“ Einzig die Gerichte seien berufen, durch die Einrichtung von Pflugschaften für Ordnung zu sorgen – „keinesfalls ihr Ministerium als Urheber des vieltausendfachen, schweren Rechtsbruchs“.

Unterdessen kann sich der Brandenburgische Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) offenbar kaum der vielen Anfragen erwehren, die täglich bei der Hotline 0331 58181381 sowie in schriftlicher Form eingehen. Rund 500 zählte man bis Freitag beim BLB. Nehme man die Anfragen, die beim Finanzministerium und bei anderen Landesbehörden eingingen hinzu, sei es eine weit größere Zahl, so Pressesprecher Ingo Decker.

„Wir arbeiten derzeit daran, die Kapazitäten der Hotline zu erweitern“, sagt er. In einem ersten Schritt wurde das Personal von ursprünglich einem auf jetzt fünf Mitarbeiter aufgestockt. Zusätzlich ist ein Anrufbeantworter geschaltet. Wer seine Rufnummer hinterlasse, werde von den Mitarbeitern des BLB zurückgerufen. Bis Anfang kommender Woche sollen auch die technischen Voraussetzungen für die Vermittlung verbessert werden.

# Ausschuss in Rekordzeit etabliert

Platzeck gibt Regierungserklärung

VON ULRICH THIESSEN

**Potsdam (MOZ) Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) wird am 27. Februar vor dem Landtag eine Regierungserklärung zum Thema Übertragung von Bodenreformflächen an das Land abgeben. Er wolle damit dem Vorwurf mangelnder Aufklärungsbereitschaft entgegenwirken, hieß es dazu.**

Am selben Tag soll bereits der Untersuchungsausschuss, den die Linke beantragen will, vom Parlament eingesetzt werden. Da es sich um den ersten derartigen Ausschuss in dieser Legislaturperiode handelt, steht der stärksten Fraktion, der SPD, der Vorsitz zu. Die Vorschläge zur Besetzung des Ausschusses sollen kommende Woche gemacht werden.

Auch die genaue Formulierung des Untersuchungsgegenstandes steht noch aus. Die Linke hatte bereits zwei Themenfelder benannt. So soll zum einen geklärt werden, wie En-

de der 90er Jahre das Verfahren zustande kam, mit dem sich das Land in etwa 10 000 Fällen in die Grundbücher eintragen ließ. Außerdem soll untersucht werden, wie der Anspruch des Landes nach 2000 umgesetzt wurde und warum es kein Umsteuern nach ersten gerichtlichen Fehlschlägen gab.

Um den Untersuchungsausschuss bereits Anfang März seine Arbeit aufnehmen lassen zu können, wird Ende Februar auch schon die finanzielle und technische Ausstattung des Gremiums beschlossen. Bei früheren Untersuchungsausschüssen lagen zwischen förmlicher Einsetzung und Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen stets mehrere Wochen. Seitens der Landtagsverwaltung wird darauf hingewiesen, dass noch nie in Brandenburg so schnell ein Untersuchungsgremium arbeitsfähig war. Ziel ist es, den Ausschuss vor den Wahlkämpfen 2009 zum Abschluss zu bringen.